

Bezugspreis: Vierteljahr 3.00 M., monatlich 1.00 M. frei ins Haus voranzahlbar. Postbezugs: Monatlich 1.00 M., einjährig 10.00 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schillingpolierte Monatszeitschrift kostet 3.00 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 17. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Blutige Pfingsten in Oberschlesien.

Oppeln, 16. Mai. (WIB.) Die Pfingstfeiertage haben eine Veränderung und Verschärfung der Lage ...

Von Seiten der Interalliierten Kommission ist mehrfach eine Besserung der Lage in Oberschlesien berichtet worden ...

Sämtliche Männer wurden heruntergeholt und verschleppt. Aber ihren Verbleib ist nichts bekannt ...

Im übrigen wird aus Oberschlesien Lebensmittelmangel und Geldknappheit gemeldet ...

Eine Kundgebung des Kreuzburger Kreistages.

Kreuzburg, 13. Mai. (WIB.) Der Kreistag des Kreises Kreuzburg (D.-S.) veröffentlicht folgende Mitteilung ...

Von dem zum Schutz des Kreises Kreuzburg bestimmten französischen Truppen ...

Wir, die berufenen Vertreter des Kreises Kreuzburg, verlangen, daß die Interalliierte Kommission ihre Pflicht ...

Notenwechsel Briand-Lloyd George.

London, 15. Mai. (WIB.) „Havas“ meldet: Hier wird berichtet, daß die englische Regierung durch Vermittlung ihres Botschafters, Lord Hardinge, Briand eine Note über die Ereignisse in Oberschlesien übermittelte ...

ähnlich seien. In dieser Note habe Lloyd George Briand gebeten, so bald als möglich mit ihm in Boulogne zusammenzukommen ...

Briand soll Lloyd George geantwortet haben, indem er den französischen Standpunkt so zum Ausdruck brachte, wie er bereits bekannt ist ...

Paris, 15. Mai. (WIB.) Wie „Leit Parisien“ berichtet, wird in der Antwort der französischen Regierung auf die an sie gerichtete englische Note über Oberschlesien unter anderem noch gesagt, wenn auch in gewissem Maße Polen die Verantwortung für die Ereignisse in Oberschlesien zuzuschreiben ...

England hinter Lloyd George.

London, 16. Mai. (WIB.) Die gesamte Presse befaßt sich eingehend mit den durch die ober-schlesische Frage geschaffenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Regierungen ...

„Times“ überschreibt ihre Ausführungen: „Die Entente in Gefahr.“ „Daily Chronicle“ (Organ Lloyd Georges, D. Red.) erklärt, in den Räten der alliierten Mächte herrsche eine ernste Spannung ...

Außer „Morningpost“ (Northcliffe) (Die Red.), die Lloyd George sehr heftig angreift und ihm vorwirft, daß seine polenfeindliche Politik ihm von seinen „jüdischen Ratgebern“ eingegeben sei ...

„Times“ (ebenfalls Northcliffeblatt, aber um einige Nuancen „vornehmer“ als die „Morningpost“). Die Red. fordert auf, ruhig Blut zu bewahren ...

Lloyd George — „Chrengeneral der Reichswehr“.

Warschau, 15. Mai. (WIB.) Die Warschauer Presse äußert sich in maßloser Erbitterung zu der Rede Lloyd Georges über Oberschlesien ...

„Gazeta Poronna“ führt in einem Seitortitel aus, Lloyd Georges Behauptungen zeugten von jener Ignoranz, die aus seiner bekannten Verweigerung von Cilicien und Schlesien hervorgehe ...

In der „Kozepospolita“ heißt es, niemand in Europa vergewaltige den Versailles Vertrag so wie Lloyd George. Seine Aufforderung an Deutschland zu bewaffnetem Einmarsch in Oberschlesien sei unerhört ...

Wie in Italien gewählt wird.

O. L. Rom, 12. Mai.

Der 15. Mai ist für Italien ein Entscheidungstag. Die Bourgeoisie hofft, an diesem Tage die Saat der Reaktion einzuharfen, gleichsam für den Faschismus einen parlamentarischen Ausdruck zu finden ...

Es sind dies die zweiten Parlamentswahlen in Italien, die auf Grund des neuen Wahlrechts stattfinden, bei dem an Stelle des Einzelwahlkreises die Listenwahl tritt ...

Das neue Wahlgesetz sollte die Parteigliederung fördern, hat das aber bis jetzt nicht getan: im Gegenteil, die kleinen Parteien, wie die bürgerlichen Radikalen und die Konservativen, sind von ihm zerrieben worden ...

Wie bekannt, stehen die heutigen Wahlen im Zeichen der bürgerlichen Blockbildung, die Nationalisten, Faschisten, Violittionen, bürgerlich Radikale und vielfach auch die sog. Gruppe der „Erneuerung“ umfasst ...

Wahlberechtigt sind in Italien alle Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind ...

Zwanzig Tage vor dem Wahltag, der ein Sonntag sein muß, haben alle Parteien oder Koalitionen der Präfektur der Provinz die Liste ihrer Kandidaten vorzulegen ...

Am Wahltag geben die Wähler nicht die Listen ihrer Partei ab, sondern einen Zettel, der das Symbol ihrer Liste trägt. Das Symbol der sozialistischen Partei ist das Wappen der Sowjetrepublik: Hammer und Sichel ...

Das Abgeben jedes Stimmzettels bedeutet nämlich ein Totum für alle auf der betreffenden Liste enthaltenen Namen. Die von den Franzosen als „Panachage“ bezeichnete Operation, die einen Kandidaten durch einen anderen ersetzt, ist nicht zulässig ...

Listen auf seinen Zettel schreiben, bis zur Ergänzung der offenen Liste zur geschlossenen, vorausgesetzt, daß die Zahl der Zusatzstimmen nicht ein Fünftel der in dem Bezirk zu wählenden Deputierten übersteigt.

Bei dem letzten Wahlkampf gibt es viel mehr „geschlossene“ Listen als bei dem vorigen, was auf größere politische Reife schließen lassen sollte. Die sozialistische Partei hat natürlich überall geschlossene Listen und verwehrt den Genossen prinzipiell auch den Gebrauch des Vorzugsstimmens, womit sie allerdings das vorige Mal nicht durchgedrungen ist. Die geschlossene Liste stellt selbstverständlich eine politisch schärfere und reinlichere Abgrenzung dar als die offene. Aber die offene Liste trägt oft der betreffenden Partei wesentlichen Stimmengewinn ein, da man nur deshalb für sie stimmt, um einem oder dem anderen bevorzugten Kandidaten, dessen Namen auf einer im übrigen unbeliebten Liste steht, eine Stimme zuzuwenden.

Die Proportionalität in der Verteilung der Mandate wird in der folgenden Weise erzielt: Zunächst wird die Zahl der von jeder Liste abgenommenen Stimmen festgestellt durch das Zählen ihrer Stimmzettel. Dann werden die Vorzugs- und Zusatzstimmen ihrer Kandidaten dazugezählt; da es sich hier um Einzel- und nicht um Listenstimmen handelt, müssen sie, um abziehbar zu sein, durch die Zahl der zu wählenden Kandidaten dividiert werden. Dann teilt man die Gesamtzahl jeder Liste erst durch eins, dann durch zwei, durch drei usw. und ordnet die Quotienten der Größe nach. Nehmen wir einen Wahlbezirk von 20 Mandaten an, in dem der Regierungsbund 200 000 Stimmen erzielt, die Christlichen 150 000 und die Sozialisten 100 000, so rangiert der Bund an erster Stelle (Listenzahl : 1), die Christlichen an zweiter (Listenzahl : 2), die Sozialisten an dritter (Listenzahl : 3); an vierter Stelle folgt der Bund (Listenzahl : 4), an fünfter die Christlichen (: 5), an sechster der Bund (: 6) usw. Innerhalb der Liste entscheiden die Vorzugs- und Zusatzstimmen; in ihrer Ermangelung die Reihenfolge, in der die Namen auf der Liste stehen.

Diese Methode bedingt eine lange Periode der Ungewißheit nach Beendigung der Wahl, was bei der Erbitterung und Verhegung des heutigen Wahlkampfes als ein Vorteil zu begrüßen ist.

Vorauslagen über den Ausgang zu machen, ist immer eine undankbare Aufgabe. Heute würde man dazu ganz und gar der Unterlage entbehren. Man kann immerhin sagen, daß im Falle der Entfesselung der faschistischen Gewalt am Wahltage selbst, die ausschließlich von der Regierung abhängt, die Sozialisten materiell an der Stimmabgabe verhindert werden würden, so daß das Votum des Parteivorstandes, das den Genossen die Wahlbeteiligung zur Pflicht macht, an der Nacht der Tatsachen zunichte gemacht werden würde. Vermutlich aber wird sich die Regierung mit der vorbereitenden Gewalt begnügen, um dann sagen zu können, daß das Wahlergebnis, auf dem natürlich die vorhergegangene Gewalttat lastet, der „freie Ausdruck des Volkswillens“ war.

Dies vorausgesetzt, rechnen wir darauf, daß die sozialistische Partei von ihren 155 etwa 80 bis 100 Mandate behaupten wird. Zu günstigeren Voraussetzungen glauben wir uns nicht berechtigt, da die vorausgegangene materielle Beeinträchtigung der sozialistischen Wahlvorbereitungen durch den weißen Terror gerade in den sozialistisch stärksten Provinzen, in Reggio Emilia, Bologna, Ferrara und Perugia am weitesten gegangen ist. In der Tat haben die Provinzen Reggio Emilia und Perugia die Wahlenthaltung dekretieren müssen wegen der materiellen Unmöglichkeit, den Kampf ohne Blutvergießen aufzunehmen.

Was die anderen Parteien betrifft, so sieht man für die Kommunisten ein sehr kümmerliches Ergebnis voraus, 5 bis 7 Mandate. Die Reformisten dürften kaum ihre 20 Mandate behaupten. Die Republikaner dagegen, die in der letzten Kammer nur 6 Abgeordnete hatten, werden wahrscheinlich bedeutende Vorteile davontragen. Den Christlichen stellt man allgemein eine sehr ungünstige Prognose, die wir nicht teilen; wir glauben, daß sie an-

nähernd die bisherige Fraktionsstärke von 100 Mandaten beibehalten werden.

Was übrig bleibt, heimst der Block ein, die große ungeliebte politische Masse, die sich im Zeichen der Reaktion zusammengefunden und verschmolzen hat. Er wird seine zahlenmäßige Macht dem Faschismus verdanken und auch ihm seine politische Schwäche als Regierungsmehrheit.

Wenn diesmal der Wahlkampf mit Methoden geführt worden ist, die eine Negation des Parlamentarismus darstellen, so wird man an dem aus ihm hervorgehenden Parlament die Folgen dieser Methoden spüren. Nicht der Sozialismus und Kommunismus, nein, die Bourgeoisie selbst hat den Parlamentarismus seines Prestiges entkleidet und hat den politischen und sozialen Kampf außerhalb des Parlaments verlegt.

Rom, 15. Mai. (M.B.) Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind heute im ganzen Lande einschließlich der neuen Provinzen vorgenommen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 50 bis 70 Prozent; in manchen Wahlkreisen war sie stärker als im Jahre 1919. Namentlich in Rom war die Wahlbeteiligung stark. Zu Unbestimmungen ist es nur in der Provinz Neapel gekommen. In Ponticelli wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Kommunisten eine Person getötet. Auch aus Neapel wird ein Toter gemeldet.

Geborene Führer der Republik.

Die „Kreuzzeitung“ fühlt sich bemüht, von einem sogenannten „Adelstags“ Notiz zu nehmen, der am 12. Mai in Berlin getagt hat. Die dort angenommene Entschließung, ein Sammelurteil abgedrohter nationalsozialistischer Redensarten, zeugt von der Geistesarmut der Versammlung, und ein kräftiger antifaschistischer Einschlag läßt darauf schließen, daß auch das Geschlecht des berühmten Deschgrafen Pücker noch nicht ausgestorben ist. Das ganze Geschwätz wäre nicht der Erwähnung wert, wenn sich nicht darin folgender Satz fände:

Mehr als bisher müssen die nationalen Parteien geborene Führernaturen aus unseren Reihen in führende Stellungen und besonders auch in die Parlamente bringen.

Das zwingt zu der Frage, wo und wie sich der Beruf des Adels zur Führung der Nation erwiesen hat. Eigentlich sollte man annehmen, daß aus einer Gesellschaftsschicht, der nichts fehlt, um ihren Angehörigen mühelos alle Früchte der Bildung und Kultur zu vermitteln, eine erhebliche Zahl besonders leistungsfähiger Persönlichkeiten hervorgehen müßte. In Wirklichkeit sind adelig Geborene, die sich freigemacht haben von Ständebüchel und agrarischen Klasseninteressen, seltener als weiße Raben, und das geistige Unvermögen ist in jenen Kreisen geradezu erschreckend. Seit Bismarck, der in gründlicher Verachtung seiner Standesgenossen und im Kampf gegen sie lebte, hat der deutsche Adel keine Gestalt von mehr als Normalwuchs hervorgebracht. Der Durchschnittsaristokrat — es gibt auch gern gefundene Ausnahmen — ist ganz einfach ein politischer Trottel. Seinem Niveau entspricht die Entschließung des sogenannten „Adelstags“.

Strahlenpunkte deutschen Geistes.

Die Pfingstfeiertage benutzte der Chefredakteur der deutschen „Deutschen Zeitung“, Max Maurenbrecher, zu einem historischen Rückblick über die Entwicklung des deutschen Geistes, aus dem wir folgenden Absatz nicht ganz unerwähnt lassen wollen:

Seine vergleichsweise breiteste Wirkung hat der deutsche Geist in den fünfzig Jahren erlebt, die zwischen 1781 und 1832 liegen. Im ersten dieser beiden Strahlenpunkte erschienen gleichzeitig Lessings „Nathan“, Kants „Kritik der reinen Vernunft“ und Schillers „Räuber“. Das zweite war das Jahr von Goethes und Hegels Tod. Jeder Kenner der deutschen Geschichte weiß, welch verschwendend reich ausbrechendes Leben zwischen diesen beiden Polen liegt.

Wir glauben, daß der monarchistisch-antifaschistische „Deutsche Zeitung“ nicht ohne Befremden lesen wird, mit welchem Momenten hier der Höhepunkt deutschen Geistes umgrenzt wird. Lessings „Nathan“ hat als Grundgedanken die religiöse Toleranz, zum Helden einen geistig hochstehenden Juden, enthält in der Person des Patriarchen eine bitterböse Satire auf den Antisemitismus! Kants „Kritik der reinen Vernunft“ leitet eine rein logische Betrachtungsweise der Dinge unter Ausschaltung der Religion und des Glaubens an Gott und Unerheblichkeit ein, Schillers revolutionäres Drama „Die Räuber“ trägt das Motto „in tyrannos“ (Begen die Tyrannen), Goethe war ausgesprochener Kosmopolit; und in so starkem Maße Verehrer Napoleons, daß er selbst die Begeisterung der Freiheitskriege nicht zu teilen vermochte. Hegels Philosophie, wenn sie auch in eine Verherrlichung des preussischen Absolutismus ausmündete, lieferte doch auch eine starke geistige Wurzel für das Schaffen von Karl Marx.

„Nationale“ Männer im Sinne der „Deutschen Zeitung“ sind weder Schiller, noch Lessing, noch Kant, noch Hegel gewesen. Und wenn Max Maurenbrecher auch die Verantwortung für den Niedergang auf den Einfluß der Juden Börne und Heine zurückführt, so werden die Leser der „Deutschen Zeitung“ doch wohl kaum den Eindruck los werden, daß hier der ehrliche Verfasser der „Hohenzollernlegende“ dem weniger ehrlichen Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ (ehrl. im letzten geistigen Sinne) ein Schnippchen geschlagen hat.

Hölz' Vernehmung.

Die Untersuchung gegen Hölz ist in den letzten Tagen mit aller Beschleunigung fortgeschritten, um ein möglichst geschlossenes Bild über das Treiben des vogtländischen Räuberhauptmanns zu gewinnen. Unter den vielen Zeugen, die vernommen wurden, befand sich auch der jetzige Bürgermeister von Falkenstein. Interessant ist seine Feststellung, daß die kommunistische Bewegung in Falkenstein sehr viele Anhänger verloren hat und daß man von Hölz so gut wie gar nicht mehr spricht. Hölz selbst behauptet, daß auch er das Bestreben gehabt habe, geordnete Verhältnisse in Falkenstein herbeizuführen, daß aber die Fabrikanten mit dem früheren Bürgermeister an der Spitze sich energisch dagegen gewehrt und vor allem verhindert hätten, daß an Stelle der Spinn- und Gardinenindustrie, für die es nicht genug Arbeit gebe, in Falkenstein eine andere Industrie heimlich gemacht werde. So habe man geplant, ein großes chemisches Werk in Falkenstein zu errichten. Das sei aber von den Fabrikanten mit allen Mitteln hintertrieben worden. Hölz versicherte dem untersuchungs-führenden Staatsanwalt Dr. Jäger wiederholt, daß er prinzipiell ablehne, überhaupt eine Auskunft zu geben. Im übrigen steht Hölz auf dem Standpunkt, daß er keine strafbaren Handlungen nur aus „militärischen“ Gründen begangen habe, daß er als Revolutionär gewissermaßen ein Recht zu diesen Taten gehabt habe. Einen der Zeugen, der ihn gelegentlich fragte, warum er denn die Häuser der gänzlich unbeteiligten Falkensteiner Willenbesitzer niedergebrannt habe, fertigte Hölz kurzerhand mit den Worten ab: „Das verstehen Sie nicht!“ Die Staatsanwaltschaft ist bemüht, zu ermitteln, wozu die riesigen Beträge gekommen sind, die Hölz in Plauen und in anderen Orten des Vogtlandes erpreßt hat. Es ist zwar erwiesen, daß Hölz für die Arbeitslosen in Falkenstein und auch zum Unterhalt seiner „Roten Garde“ große Beträge gebraucht hat, aber man hätte Gründe zu der Annahme, daß er noch erhebliche Summen irgendwo versteckt hätte. Hölz lehnt natürlich jede Auskunft darüber ab mit der Begründung, daß das Urteil über ihn ja doch längst gefällt sei und daß man jetzt mit ihm nur noch „Formalitäten“ erledige.

Der arme Mann! Um ihren Lesern über zwei lange Pfingstfeiertage hinwegzuhelfen, bringt die „Post“ eine ellenlange Schilderung des Hauses Doorn durch einen Herrn v. Trotha. Die Genauigkeit, mit der dieser Mann jedes einzelne Appartement beschreibt, läßt den Wunsch aufkommen, ihn als Innendekorateur zu beschäftigen. Gleich zu Anfang stößt man auf die erschütternde Tatsache, daß die „kaiserliche“ Haushaltung nur über zwei Autos verfügt (wo doch jeder Deutsche mindestens drei hat)! Ferner erzählt man, daß Wilhelm sich ein sehr umfangreiches Bureau einzig zu dem Zweck halten muß, um den bei Geburtstagen usw. einlaufenden Brief- und Telegrammensturm zu bewältigen. Die deutschen Monarchisten, die so beweglich über die „Enge“ in Haus Doorn jammern (jeder Arbeiter hat es besser als dieser Mann mit seinem nur 62 Hektar großen Besitz!), hätten es also selbst in der Hand, für Wilhelm ein paar Räume zur anderweitigen Benutzung freizubekommen.

Ein neuer Finanzplan.

Interview mit Schieberski.

Vorgestern nachts um 3 Uhr wurde ich durch rasendes Klingeln des Telefons aus dem Schlaf gerissen. „Hier Schieberski! Ich bin in der Aschanti-Bar und habe mich entschlossen, Ihnen für den „Vorwärts“ ein Interview zu gewähren. Mein Auto holt Sie in fünfzehn Minuten ab. Auf Wiedersehen.“

Fünfzehn Minuten später sah ich im Auto, Schieberski ist in Geld- und Anleihefragen eine Autorität ersten Ranges, seine Erfolge auf diesem Gebiet sind geradezu rätselhaft. Er erweckt den Reiz seiner Bewunderer und stets minder erfolgreichen Nachahmer.

Ich wußte, ein Interview mit ihm für den „Vorwärts“ würde eine Sensation sein.

Schieberski warf bei meinem Kommen die eben angezündete Zigarette weg, reichte mir die Rechte, deren Zeigefinger ein fischgroßer Brillant schmückte, und sagte:

„Lieber Freund! Vaterländische Sorge hat mich veranlaßt, Sie in so früher Stunde zu mir zu bitten. Ich fürchte, wir werden den Frieden verlieren, wie wir den Krieg verloren haben, weil man bei uns das einfachste nicht sieht und den Rat von Männern, die in Geld- und Kreditfragen erfahren sind, nicht beachtet.“

Er schlug mit der Faust auf den Tisch, der Brillant blühte und das Whiskyglas schwante: „Hätte man meinen Rat beachtet, so wäre der Krieg glänzend gewonnen worden.“

„Darf ich fragen...“ sagte ich, indem ich Ohren und Beifüß spitzte.

„Man sieht bei uns das einfachste nicht“, fuhr Schieberski fort. „Man hat nicht begriffen, daß ein Krieg weder eine diplomatische noch eine militärische, sondern einfach eine Salutaangelegenheit ist.“

„Am 4. August 1914 war ich bei Bethmann. Ich sagte ihm: „Erzählen Sie mir, man sieht bei uns das einfachste nicht. Führen Sie den Krieg bis zur Vernichtung des Feindes, aber führen Sie ihn mit den modernsten Waffen der Humanität. Sagen Sie den feindlichen Völkern, daß wir nichts wollen als ihr Glück. Geben Sie unserer Industrie den Auftrag, Pfundnoten, Rubelnoten, Zehn-, Hundert-, Tausendfrankenscheine zu fabrizieren. Lassen Sie in Gottes Namen schießen, aber nicht mit Granaten, sondern mit Pfundnoten, Rubelnoten, Frankenscheine. Schicken Sie über alle Städte Frankreichs, Englands, Russlands Flieger, aber lassen Sie um Gotteswillen keine Giftgas- und Brandbomben werfen, sondern Pfundnoten, Rubelnoten, Frankenscheine. Vergelten Sie als echter Christ Böses mit Gutem, überschatten Sie den Feind mit Blüten.““

Er schlug auf den Tisch, daß der Brillant zu springen drohte und das Whiskyglas umfiel. (Er bestellte sofort ein neues.)

„Bethmann hat mich nicht verstanden. Dieser Idiot sah das einfachste nicht. Er begriff nicht, daß wir mit dieser Methode den Krieg zu führen, statt den Haß die Liebe der Feinde ermornden hätten. Stellen Sie sich vor: Fliegeralarm in Paris. Statt sich erschreckt in Keller zu drängen, wäre eine freudig erregte Menge auf die Straße gestürzt, man hätte sich geschlagen und die Hüfte geschwenkt, man hätte gerufen: „Vive l'Allemagne!““

„Und...“ fragte ich erstaunt.

„Und...“ antwortete Schieberski, „Sie sehen das einfachste nicht. In vierzehn Tagen waren die Banken von Frankreich, England und Rußland pleite. Haben Sie schon etwas von Inflation gehört? Sie waren einfach pleite, sie hätten sich selber aufgefressen, sie mußten ganz einfach um Einstellung der Feindseligkeiten bitten.“

Ich schwieg überwältigt. Aber mich meiner Journalistenpflicht erinnernd, fragte ich: „Meinen Sie also, daß wir den Krieg wieder aufnehmen sollen?“

„Richtig!“ rief Schieberski und schlug auf den Tisch, daß der Brillant frachte und das Whiskyglas in weitem Bogen wegfiel. (Er bestellte sofort ein neues.) „Ich hasse den Krieg, ich bin überzeugter Pazifist. Wir haben den Krieg verloren und müssen das uns Auferlegte nach besten Kräften erfüllen. Und das eben ist es, weshalb ich Sie in so früher Stunde zu mir gebeten habe.“

„Merken Sie auf“ — er rückte näher und sprach mit gedämpfter Stimme —, „wir sollen zunächst einmal 50 Milliarden vorzinsen und tilgen. Nach meinen Begriffen eben nicht übermäßig viel. Na — ich will Ihnen sagen, wie man das in vierzehn Tagen erledigt.“

„Bei uns sieht man eben das einfachste nicht. Wir geben also für 50 Milliarden Schuldverschreibungen aus, nicht wahr, die werden unter die Leute gebracht. Sie verstehen soweit. Nun aber kommt das Entscheidende. Man läßt sich sodann Höllein kommen und sagt ihm: „Lieber Höllein, Gott hat Sie zu Großem bestimmt. Befehlen Sie heute Nacht mit zehn handfesten Leuten die Reichskanzlei. Man wird keinen Widerstand leisten. Sagen Sie Birth als Verräter des Profektorats in den Kassenkeller. Profklamieren Sie die Kaiserrepublik, erklären Sie alles Privatvermögen für beschlagnahmt, alle Staatsschulden für annulliert. Die Schuldverschreibungen werden sodann auf 15 Proz. des Nominalwertes fallen. Das genügt aber noch nicht. Ernennen Sie Roenen zum Reichsfinanzminister. Die Schuldverschreibungen werden dann auf 1 Proz. fallen. Ist die Sache soweit, kommt eine Hundertschaft Schupo und stellt die Ordnung wieder her. Birth steigt aus dem Kassenkeller. Sie erhalten Amnestie und ein Promille des Umsatzes.““

„Und?“ fragte ich erstaunt.

„Lieber Freund, Sie sehen das einfachste nicht. Natürlich haben wir inzwischen Ankäufer ausgeschickt und die Schuldverschreibungen aufgekauft. 1 Proz. von 50 Milliarden sind 500 Millionen, wir haben in der Reichsbank 1070 Millionen Gold. Wir lassen uns nicht lumpen, wir haben in Gold und haben in vierzehn Tagen die ganze Wäre glatt erledigt.“

Ich schwieg überwältigt. Aber mich meiner Journalistenpflicht erinnernd, fragte ich:

„Wie aber, wenn dann die Entente die 82 Milliarden auflegt, die noch übriggeblieben sind?“

„Ganz einfach“, antwortete Schieberski mit dem Ausdruck ernster Entschlossenheit, „die Operation wird eben so oft wiederholt, bis alles ehrlich bezahlt ist.“

Es war inzwischen 5 Uhr geworden. Schieberski brachte mich in seinem Auto nach Hause, und auch in den Gesprächen, die wir unterwegs führten, stand ich ganz unter dem Eindruck seiner genialen Persönlichkeit. Er ist wie gesagt, eine Autorität ersten Ranges in allen Geld- und Kreditfragen. Da ich aber leider nicht das mindeste davon verstehe, sondern mir mein Geld mit Feuilletons sauer verdienen muß, gebe ich seine Meinungen, deren weltgeschichtliche Bedeutung ich nur ahnen kann, ohne weitere Bemerkungen wieder.

Morgen aber will ich habenstein interviewen und ihn fragen, wie er darüber denkt. Szandor.

Die junge Bühne veranstaltete im Bezeichnungsklub eine Aufführung von „Frühling Erwachen“. Dieses Spiel Bedekinds zeigte verhaltene Blut und erwachendes Leben, Ahnung nur, von der ein Hauch und eine Stimme bleiben darf. Gedämpfte Leidenschaft, aufschreiende Anklage der Gesellschaft sind sein Signum. Drei der jungen Künstler trafen es: Martin Brandt (Moritz Stiefel), Hugo Schrader (Melchior Uabor), Rosa Piepmann (Wendla Borgmann). Hier erklang die Schicksalsfrage aus halbgeöffneten Lippen, und der Sehnsuchtschrei: „Mutter, warum hast du mir nicht alles gesagt?“ erschütterte uns, ohne laut zu gellen. Drei Darsteller, die durch Takt und Begabung der Aufführung den Charakter eines Kammerstücks gaben. Erwähnt seien noch Fräulein Katsch als Frau Bergmann, Herr Wagner als fremder Herr. Erwähnt auch Lore Steller in der Hoffnung, sie nie wieder zu sehen, begreiflichen Emile Carré, den jeder Landarzt aus Reumontschel oder Schrimm wegen Verleumdung verklagen dürfte. Maria Renoni lerne ihre Rolle! Schwer war die Aufgabe, mit mangelnden finanziellen Mitteln Illusion zu schaffen; doch sie gelang fast restlos. Nur meide man künftig die endlosen Pausen, die die Stimmung zerrissen. wp.

Romdiantheater. Wegen technischer Schwierigkeiten wurde die Erstaufführung von „Der blonde Engel“ auf Mittwoch verschoben. Die gestrigen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Eine Aufführung moderner deutscher Bühnenkunst wird im Monat Juni im Landesgewerbeleum von Stuttgart stattfinden, die Prof. Dr. G. E. Vagarel gemeinsam mit dem Ausstattungsdirektor Hans Jürg vom Landestheater veranstaltet.

An die Kulturnationen der Welt!

Kattowitz, 15. Mai. (W.Z.B.) Die deutschen Parteien und Gewerkschaften richten an die Kulturnationen der Welt folgenden Funkspruch:

Am 20. März 1921 hat die überwältigende Mehrheit des ober-schlesischen Volkes sich für den Verbleib bei Deutschland entschieden. Diese Mehrheit sah in vollem Vertrauen der Entscheidung des Obersten Rates entgegen.

Am 3. Mai 1921 hat ein Teil der polnischen Minderheit, unterstützt durch landfeindliche Scharen, zu den Waffen gegriffen, um durch Gewalt der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens vorzugreifen. Seit diesem Tage ist die friedliche Bevölkerung Oberschlesiens allen Schrecken und Grausamkeiten des bis aufs kleinste vorbereiteten bewaffneten Aufstands ausgesetzt, der durch Mord, Raub, Plünderung und Verschleppungen gekennzeichnet ist.

Die Interalliierte Kommission hat stets Mittel gefunden, die freie Willensäußerung der deutschgeheimten Bevölkerung Oberschlesiens zu zügeln. Den bewaffneten Rebellen gegenüber findet sie nur papierne Bekannmachungen. Während Italiener und Engländer in treuer Pfllichterfüllung ihr Leben eingesetzt haben, steht die starke französische Truppe tauglos dem Aufstand gegenüber. Französische Soldaten haben den Injuranten Gewehre überlassen, französische Soldaten verüben sich offen mit den Rebellen.

Unter den Augen des französischen Militärs werden Deutsche verprügelt, getötet, mißhandelt, beraubt und ausgeplündert.

Die deutsche Presse wird mit schärfster Zensur an wahrheitsgetreuer Berichterstattung verhindert. Die polnische Presse hehlt unter derselben Zensur tagtäglich gegen alles Deutsche, bringt täglich neue blutrünstige Aufrufe und darf ungehindert die der Autorität der Interalliierten Kommission hohnsprechenden Verordnungen der Aufständigen veröffentlichen.

Obwohl in der Stadt Kattowitz das Standrecht verhängt ist, plündern bewaffnete Injuranten unter Gebrauch von Schusswaffen und Handgranaten. Trotzdem versuchen französische mahgebende Stellen in Kattowitz dieses verbrecherische Treiben der polnischen Rebellen den Deutschen zuzuschreiben.

Der französische Ministerpräsident läßt die Wahrheit, indem er die von der „Ober-schlesischen Grenzzeitung“, dem offiziellen Organ des Rebellenführers Korsantys, veröffentlichten aufreizenden Nachrichten als aus deutscher Quelle stammend bezeichnet.

Französischer und polnischer Chauvinismus und Imperialismus haben sich in Oberschlesien vereinigt, um das Recht zu beugen. Nie ist eine hohe Mission schändlicher mißbraucht worden, nie ist stärker der Versuch in Erscheinung getreten, der Gewalt zum Sieg über das Recht zu verhelfen.

Wiederholt haben wir die Hilfe der Interalliierten Kommission angerufen. Am 3. Mai hat sie öffentlich feierlich versichert, sie werde vor keinem Mittel zurückzusehen, die geschmähten Zustände wiederherzustellen. Von dieser Zusage ist nichts eingelöst worden. Der Aufstand hat weiter bis dahin unberührt gebliebene Gebiete erfaßt. Ohne diesen Schutz sind wir von der durch den Friedensvertrag damit beauftragten Interalliierten Kommission der Gewalt der Rebellen ausgeliefert.

In dieser höchsten Stunde der Not und Verzweiflung wenden wir uns mit dem ganzen stillen Ernst eines vormaligen Volkes an die Kulturnationen des Erdballes mit dem Ruf: Tretet ein für unseren sofortigen Schutz, helft uns zu unserem Rechte!

Der Aufruf ist von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie von den bürgerlichen Parteien unterzeichnet. Ferner trägt er die Unterschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche), sowie des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften).

Einlenken Korsantys?

Paris, 16. Mai. (W.Z.B.) In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Daily News“ erklärte Korsantys, er werde sich keinem Beschlusse zu widersehen versuchen, den die Alliierten mit Bezug auf die Zukunft Oberschlesiens treffen. Korsantys sagte, er habe immer noch Vertrauen zu dem Gerechtigkeitsgefühl der Alliierten. Wenn jedoch sein Vertrauen nicht angebracht und die Wünsche der Oberschlesier außer Acht gelassen und das gesamte Gebiet mit Ausnahme der Bezirke von Plesch und Rohnk an Deutschland gegeben würde, so werde er von seinem Posten zurücktreten, seine Koffer packen und nach Hause gehen. Dem Berichterstatter des englischen Blattes zufolge sah Korsantys niedergeschlagen aus.

Die Korrespondent weiterhin meldet, fahren die Truppen Korsantys mit der Terrorisierung eines großen Teiles Oberschlesiens fort.

Briands Versprechungen an Sapieha.

Paris, 16. Mai. (E.E.) Der polnische Außenminister Fürst Sapieha hat gestern Paris verlassen, nachdem er mit Briand eine längere Unterredung hatte, in der ihm der Minister das Versprechen gab, keinesfalls einen Einmarsch Deutschlands in Oberschlesien zu dulden. Briand gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die polnische Regierung auch weiterhin (!) ihre Neutralität beobachten werde. Am kommenden Donnerstag wird Sapieha in dem Warschauer Parlament die Rede Blond Georges beamtworten.

Platonisches Bedauern.

Rom, 14. Mai. (W.Z.B.) Der Präsident der polnischen Republik hat dem König den Ausdruck seines Bedauerns für die in Oberschlesien gefallenen und verwundeten italienischen Soldaten übermittelt.

Generalstreikvorbereitungen in Belgien.

Brüssel, 14. Mai. (Havas.) Die Eisenbahner sind der Ansicht, daß die Regierung nicht genügend Entgegenkommen gegenüber ihren Forderungen gezeigt habe. Sie bereiten Maßnahmen für einen Generalstreik vor, der sehr nahe bevorstehen scheint. Man glaubt, daß die Befehle heute noch an das Personal in der Provinz gegeben werden.

Gefinde! — wer? In der „Deutschen Zeitung“ finden wir ein kleines satirisches Feuilleton. Eine Dame gerät darin in helle Wut, weil sie von den Behörden als „Tschechoslowakin“ bezeichnet wird auf Grund der Tatsache, daß sie aus Karlsbad in Böhmen stammt. Der Verfasser teilt ihre Entrüstung. Soweit schon. Als aber vor kurzem das W. L. B. die Nachricht brachte, daß der Vorsitzende der R.F.D. Brandier aus Warschau (in Deutsch-Böhmen) stamme, und ihn deswegen „Tschechoslowakin“ nannte und nun „ausländischem Gefinde!“ schrieb, hat die ganze alldeutsche Presse inklusive der „Deutschen Zeitung“ das Jubelnd nachgedruckt. Wer ist Gefinde?

Groß-Berlin

Zwei Feiertage.

In der Zeit der französischen Sanktionen und der polnischen Belästigung war es erfreulich, festzustellen, daß der Mann, der das Wetter macht, noch immer loyal seine Pflicht erfüllt und uns zwei herrliche Pfingsttage schenkte, die sozusagen konfliktlos selbst in den Augen der erinnerungsstarken ältesten Leute bestanden. Belagtes herrliches Wetter hatte Berlin's Bewohner zu Massenausflügen in die Umgebung geodt. Der Andrang zu den Verkehrsmitteln nach den Vororten und Nachbarstädten war ein so ungeheurer, wie schon lange nicht zu Pfingsten. Auf den Bahnhöfen war der Andrang so stark, daß selbst die vielen eingelegten Sonderzüge die Scharen der Ausflügler nicht nach ihren Zielen zu befördern vermochten. Auf dem Stettiner und den Potsdamer Bahnhof mußte die Zugfolge der Vorortzüge, die so wie so schon Feiertagsverkehr eingerichtet hatten, noch mehr verstärkt werden. Namentlich war dies am zweiten Feiertag der Fall. Schätzungsweise wird angegeben, daß auf dem Stettiner und Nordbahnhof etwa 300 000 Personen in den beiden Feiertagen befördert wurden.

Sonst verliefen die beiden sonnenheilen Feiertage ohne jedes nennenswerte Vorkommnis. Trotz des starken Verkehrs sind nur leichte Unfälle zu verzeichnen gewesen. Die Einbrecher hatten ebenfalls Feiertag gemacht und die vielen unbewohnten Wohnungen der Ausflügler in Anbetracht des „lieblichen Festes“ respektiert.

Im Freibad extrant der 24jährige Fleischer Walter Blatti aus Wilmersdorf. Der Tote konnte nach 6 Stunden geborgen werden und wurde nach der Leichenhalle in Schildhorn gebracht.

Um das Pfingstkleid.

Raubüberfall zweier junger Mädchen.

Die Sehnsucht nach neuen Pfingstkleidern verführte zwei junge Mädchen zu einem Raubüberfall unter Anwendung eines Betäubungsmittels. Ihr Opfer war die 68 Jahre alte Kohlenhändlerin Gäßner aus der Czarnikauer Straße 21. Die alte Frau betreibt ihr Geschäft allein. Nachbarn fanden sie bewußtlos im Bette liegen. Das Durcheinander in der Behausung ließ gleich erkennen, daß Frau Gäßner überfallen und beraubt worden war.

Die Ermittlungen der Polizei lenkten den Verdacht auf ein junges Mädchen, das abends vorher bei der alten Frau gewesen war. Diese Besucherin wurde festgestellt als eine Arbeiterin Elfriede Schulze aus der Drifflener Straße, die mit Frau Gäßner bekannt war. Sie leugnete auch nicht, schon aber die Hauptschuld auf einen Mann, den sie Hermann Babahn nannte. Dieser sei, als sie der Kohlenhändlerin auf deren Wunsch Bier geholt habe, an sie herangetreten, und sie habe dulden müssen, daß er ein Pulver in das Bier geschüttet habe. Nach dem Genuße sei Frau Gäßner ohnmächtig geworden, und Babahn habe die Wohnung durchsucht und alles bare Geld und die Schmucksachen mitgenommen. Kriminalbeamte der Dienststelle B 1, 4, denen die Verhaftete vorgeführt wurde, forschten weiter nach mit dem überraschenden Ergebnis, daß Hermann Babahn ebenfalls ein Mädchen war, eine Frieda Regenwald aus der Drifflener Straße. Beide Mädchen bemächtigten sich des Geldes und der Schmucksachen und gingen davon. Frieda Regenwald hatte für ihre frange Mutter, die an Schlaflosigkeit leidet, ein ihr vom Arzt verschriebenes Korkkissen geholt und die ganze Menge in das Bier geschüttet. Mit der Beute besuchten die Räuberinnen gleich ein Geschäft, in dem sie sich neu einkleideten. Dann begaben sie sich auf einen Ball, auf dem sie die Nacht durchtanzten und durchsuchten. Nach Aufklärung des zunächst nicht ungeschickten verheerenden Überfalles wurde auch die Regenwald verhaftet.

Erleichterte Bauordnungsvorschriften.

Zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Bekämpfung der Wohnungsnot hat der Minister für Volkswirtschaft nach erneuter technischer Prüfung unter Heranziehung von Vertretern bauaufsichtlicher Berufsverbände die Einführung weiterer Erleichterungen in den Bauordnungsvorschriften angeordnet. Vor allem soll danach die Förderung nach Ausführung einer zweiten Treppe und nach Hochführung der Brandmauern über das Dach nachgelassen werden. Es sollen weiter gemeinschaftliche Brandmauern auch für mehrgeschossige Häuser zugelassen, die Mindesthöhe der Geschosse herabgesetzt und von der Forderung Abstand genommen werden, Scheidewände zwischen den einzelnen Wohnungen einen Stein stark herzustellen. Ein Kennabdruck des abgeänderten Bauordnungsentwurfs wird demnächst in Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, Mauerstr. 43/44, erscheinen.

Im Ledigenheim am Brunnenplatz, das seit Oktober vorigen Jahres von der Stadt Berlin verwaltet wird, ist man unzufrieden mit dem Inspektor und einem Teil des Personals. Eine Verammlung der Heiminsassen hat in einer Resolution die sofortige Veretzung dieser Angestellten gefordert. Mehrere unzugewandene Berichte über die Verammlung sprechen von Unregelmäßigkeiten, die dort vorgekommen seien. Unter anderem werden Diebstähle von Wäsche und sonstigem Inventar sowie Unterschlagungen von Geld behauptet, ohne daß bestimmte Personen als die vermutlichen Schuldigen genannt werden. Die Resolution fordert die sofortige Einleitung einer Untersuchung, an der auch die Mieter durch ihre Vertreter teilnehmen wollen. Protestiert wird zugleich gegen die wiederholten Mietsteigerungen. Die Mieter sind in den letzten Jahren von 18, 21, 24, 27 Mk. usw. auf jetzt 50 bis 60 Mk. pro Monat erhöht worden, wofür ein kleines, bescheiden möbliertes Zimmer sowie Heizung, Beleuchtung und Kochgelegenheit gewährt wird. Zur Beurteilung der Preise wäre erwünscht, zu erfahren, mit welchen Beträgen die Zimmermiete allein und neben ihr die Kosten der Heizung, der Beleuchtung usw. beteiligt sind. Die Berichte lagen hierüber nichts. Gestagt wird auch, daß Zimmer an solche Mieter übergeben worden seien, die nicht bei der Wohnungsinspektion als Wohnungssuchende angemeldet waren.

Das Bezirksamt 1 nahm als erstes Amt im alten Berlin am Freitag durch den Zusammentritt seiner Deputation für Bau- und Wohnungswesen die praktische Arbeit auf. Den Vorsitz führte der Stadtrat Bösel, der gleichzeitig im Ausschuss für das Wohnungswesen präsident. Stadtrat Kühne leitet den Ausschuss für Hochbauwesen, Stadtrat Dr. Voigt jenen für Tiefbauangelegenheiten. Im Ausschuss für Straßenreinigung, Fußwege usw. teilen sich die Stadträte Jüllich und Welzer die Geschäfte der Leitung. Die erste Sorge der Deputation soll die Beschaffung von Wohnräumen durch Bebauung des alten Scheunenviertels sein. Ob dies durch Bau von Wohnhäusern geschehen soll oder dadurch, daß dort Geschäftshochhäuser aufgeführt werden, durch die zu Wohnzwecken geeignete bestehende Bauten frei werden, unterliegt noch der Prüfung des Ausschusses für das Hochbauwesen, der seine Vorarbeiten energisch in Angriff nehmen wird. Erwogen wurden ferner Maßnahmen zur Beschaffung von Teilen übergroßer Wohnungen, die der Bevölkerung nutzbar gemacht werden.

Die Jahressprelle im Berliner Vorortverkehr. Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß das Reichsverkehrsministerium umgehend eine Nachprüfung der beschleunigten Fahrpreiserhöhungen für den Personenverkehr auf den Berliner Vorortstrecken vornimmt.

Reichs-Kleingärtnerstag.

Vom Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands einberufen, tagte an beiden Pfingsttagen im Sitzungssaal der Stadtverordneten Neuköllns der erste Deutsche Kleingärtnerstag, zu dem aus allen Teilen des Reiches Delegierte erschienen waren. Auch Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten (Vorsitzender Geheimrat Bielefeld) waren anwesend. Insgesamt waren etwa 250 000 Kleingärtner durch 76 Delegierte vertreten. Vom Reichsarbeitsministerium war Ministerialrat Krüger, für das preussische Wohlfahrtsministerium Geheimrat Pauli und seitens des Landwirtschaftsministeriums Gartenbauinspektor Heyden erschienen. Auch die Kommunalbehörden waren vertreten.

Steinweg-Berlin eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache und wies dann auf die Gründe hin, die zur Kleingärtnerbewegung geführt haben. Die Politik habe in der Laubkolonie zu schweigen, denn es sei ganz gleich, ob ein Monarchist oder ein Kommunist seine Freude an der Gartenarbeit in freier Luft finde. — Es folgten nun Ansprachen von den Vertretern der Behörden und Korporationen. Große Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen des bekannten Bodenreformers Damaskis, der forderte, daß Artikel 155 der Reichsverfassung über das Bodenrecht in die Praxis umgesetzt werden möge. Man müsse die Enteignung zu dem Wert vornehmen, der von den Grundbesitzern selbst angegeben worden sei, als sie sich zur Wertsteuer eingeschätzt haben. Jede deutsche Familie habe ein Anrecht auf Grund und Boden.

Ueber die Grundansforderungen für die Kleingärtnerbewegung referierte Albrecht-Berlin. Er trat im wesentlichen für folgende Grundätze ein: Das Kleingartenwesen sei in das Wohnungs- und Siedlungswesen einzugliedern. Auf Grund des ihnen geleglich zustehenden Pachtungsrechtes vom 31. Juli 1919 sollten die Gemeinden die Gelände zu Friedenspreisen in Zwangspacht nehmen, um die Anforderungen nach Pachtungen befriedigen zu können. Der Anspruch auf Kleingartenland müsse allen anderen Ansprüchen auf den Boden vorgehen.

Das Laubengartengebiet

muß seinem Zweck erhalten bleiben, es ist in den Bebauungsplan der Gemeinden einzufügen. Für großstädtliche Verhältnisse ist die Errichtung von Sommerlauben mit der Befugnis zur Nüchternung ein dringendes Bedürfnis. Bei Vergebung von Parzellen haben solche Bewerber den Vorrang, die sich binnen einer Frist zum Wohnungsbau verpflichten. Laubengelände ist in Zeitpunkt zu überlassen, Kleinhausgelände in Erbpacht oder als Renten- gut unter Recht des Rückkaufs durch den Staat oder die Gemeinde. Laubengärten und Kleinhausgelände muß in das unter- äußerliche Eigentumsrecht der Gemeinde oder des Staates übergeführt werden. Parteipolitische und konfessionelle Bestrebungen sind der Kleingärtnerbewegung fernzuhalten.

Nach der Mittagspause regt Förster-Frankfurt a. M. den Zusammenschluß mit dem Zentralverband deutscher Arbeiter- und Schrebergärten an. Die Anregung fand Beifall und wurde von anderen Rednern unterstützt. Es wurde eine Kommission gewählt mit dem Auftrag, Vorschläge zur schriftlichen Festlegung der erforderlichen statutarischen Bestimmungen zu treffen, über die am zweiten Verhandlungstage Bericht erstattet werden soll.

Am zweiten Verhandlungstage sprach zunächst Stadtrat Brumhagen über die Spruchpraxis der Kleingarten-Schiedsgerichte. Er brachte verschiedene Fälle zur Sprache, aus denen hervorgehe, daß Geist und Sinn dieses sozialen Gesetzes oft nicht richtig erfaßt worden seien. Die Aussprache führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse, die sich mit einer vom Stadtrat Brumhagen abgefaßten deckt:

„Eine Verschmelzung des Kleingartenrechts mit dem landwirtschaftlichen Pachtungsrecht, wie überhaupt jede Übertragung der Gerichtsbarkeit der Kleingartenpacht-Einigungsämter an die ordentlichen Gerichte, wird entschieden abgelehnt, weil daraus keine bessere Ausgestaltung, sondern eine Gefährdung der bisherigen Errungenschaften zu befürchten ist.“

Ferner erstattete Albrecht-Berlin namens der Kommission Bericht über die Satzungen für den Zusammenschluß mit dem Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten. Die endgültige Festlegung der Satzungen soll in einer Hauptversammlung am 14. August in Bremen erfolgen. Der Zusammenschluß wurde einstimmig von den Delegierten freudig begrüßt. Der Verband soll den Namen Reichsverband führen.

Von einer Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Entwurfs für ein Reichsgesetz zum Schutz der Haus- und Kleingärten wurde abgesehen, aber beschlossen, den vorliegenden Entwurf dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat einzureichen. Ein Antrag, welcher für die zuständigen Stellen Beiträge für die Kleingärtner und ein Reichs-Kleingärtneramt fordert, wird angenommen. Schließlich fand ein Antrag einstimmige Zustimmung, die Beobachtung auszuführen, im Interesse der Volkswirtschaft die Forderung zu erheben:

„Keine Wohnung ohne Garten.“

Der Meinedesche Männerchor hielt am 1. Pfingsttag ein Frühkonzert ab, das die gesanglichen Darbietungen des Chors in voller Höhe zeigte. Dieser Chor ist einer der wenigen, der unter strenger Aufsichtung lebender polnischer Liederk auch unseren Veranstaltungen zur Verfügung steht. Die Leistungen unserer Sängerkörpers können sich getrost an die Seite der besten Chöre stellen. Besonders das Lied Ringers: „Du, du liegst mit im Herzen“ und „Stur“, „Waldenachen“ sowie „Jeltes“, „Meister und Gefelle“ brachten der Sängerkörpers den einfach verdienten Beifall und zeigten von der steigenden Beliebtheit, deren sich der Chor unter Leitung seines umsichtigen Dirigenten Joseph unter der Arbeiterschaft des Wedding's und Gesundbrunnens erfreut.

Sport.

Die Berliner Pfingstrennen konnten im Zeichen des außerordentlich schönen Wetters an beiden Feiertagen einen Massenbesuch aufweisen. Besonders bei den Trabern auf der Ruhlebener Bahn am Sonntag gab es interessante Ereignisse.

- Kuhlehen. Sonntag's Preis.** 1. Nilm (Ansprache), 2. Bisk (Gregor v. Truders), 3. Hansi (Hofen (A. Müll)), Tot: 22:10, W. 12:12, 14:10. — **Winnaker Preis.** 1. Belt (H. Frembs), 2. Prachtmädel (Großmann), 3. Erbsping (L. Weß), Tot: 19:10, W. 11:11, 12:10. — **Preis der schönen Binde.** 1. Feuerweh (H. Lemmer), 2. Grosmann (Großmann), 3. Angriff (Steinagel), Tot: 12:10, W. 11:12, 10. — **Mai-Preis.** 1. Triboune W. (Köster), 2. Clara I. (Prömming), 3. Quastell (Stops), Tot: 27:10, W. 16:38, 71:10. — **Sachsen-Preis.** 1. Doby (Großmann), 2. Josef (H. Frembs), Tot: 13:10, W. 11:11, 10. — **Waldvogel-Preis.** 1. Vorbeser (Weidmüller), 2. Halkan I. (H. Schulz), 3. Schöps (Müller), Tot: 22:10, W. 14:12, 63:10. — **Ragoman-Preis.** 1. Gerard H. (H. Schmidt), 2. Anita II. (Weidmüller), 3. Traber (Koecker), Tot: 36:10, W. 17:10, 24:10. — **Berlin-Preis.** 1. Gregor I. (H. Müll), 2. Pariza (Steger), 3. Profura (Eismogel), Tot: 14:10, W. 12:15, 24:10.

- Grünwald. Ostel-Lom-Jagdrennen.** 1. Orlanne (Mihon), 2. Barbar (Rathol), 3. Glühwürmchen, 4. Dehann. Ferner: Bro Parrie, Tot: 79:10, W. 20:14, 10. — **Tannen-Jagdrennen.** 1. Sieg (v. Vöcker), 2. Eichen af. (v. Berchem), Tot: 17:10, 2. Hellen. — **Gabel-Jagdrennen.** 1. Welter (Mihon), 2. Röhrenle (Kuhlehen), 3. Saint Ad. (Waldhol), Ferner: Spinn, Lärchen, Primel, Siguri, Theorie, Meisterweise, Tot: 234:10, W. 52:13, 15:10, 4-3. — **Grünwald-Herdenrennen.** 1. Rospoutin (Rathol), 2. Van Demen (Mihon), 3. Hochadel (Thalode), 4. Falkenhahn, Ferner: Wolftram II, Dragoman abh., Hibelgo, Marich, Tot: 45:10, W. 16:27, 22:10, 1-2. — **Reh-Jagdrennen.** 1. Pennober (v. Berchem), 2. Merich (v. Vöcker), 3. Gelant af. (v. Heller), Ferner: Rofortstier af. (Hans af. Sald af. Tot: 55:10, W. 25:25, 10. — **Maler-Herdenrennen.** 1. Crlag (Tob), 2. Bahala (Wilmor), 3. H. J. d. d. d. (near Trängens), 3. Maria (Preisler), Ferner: Hellfünfer, Zebra, Postle, Stramon, Mariette, Merich, Tot: 72:10, W. 17:13, 18:10, 5-2. — **Pfingst-Jagdrennen.** 1. Eilsh (Lewinski), 2. Gerbus (v. Dörner), 3. Erich G. (v. h. Rede), Ferner: Sandbrook, Fild angh, Nebelrich, Tot: 37:10, W. 12:25, 10. 5-6.

